



Initiative für Transparenz und Demokratie

Imke Dierßen

Tel.: 0221 / 995 715 0

Mail: kontakt@lobbycontrol.de

Web: www.lobbycontrol.de

LobbyControl · Am Justizzentrum 7 · 50939 Köln

An die Kandidatin für das Amt
der Kommissionspräsidentin
Ursula von der Leyen

Köln, 10. Juli 2019

Sehr geehrte Frau von der Leyen,

in sechs Tagen kandidieren Sie im Europäischen Parlament zur Wahl für das Amt der Kommissionspräsidentin. Im Wahlkampf hatten Sie – da Sie nicht als Spitzenkandidatin aufgestellt waren – nicht die Möglichkeit, die Bürgerinnen und Bürger der EU darüber zu informieren, welche politischen Schwerpunkte Sie als EU-Kommissionspräsidentin setzen möchten. Nun bleiben wenige Tage vor dem Wahltermin am 16. Juli, um der Öffentlichkeit Ihr politisches Programm zu präsentieren.

Im Sinne der Information der Bürgerinnen und Bürger der EU möchten wir daher einige Fragen mit der Bitte um Stellungnahme an Sie richten. Als gemeinnütziger Verein, der sich für Demokratie und Transparenz in politischen Entscheidungsprozessen einsetzt, möchten wir den Bürger/innen die Möglichkeit geben zu erfahren, was Sie in den nächsten Jahren planen, um für Lobbyregulierung und faire Zugänge aller Interessen zur Politik in der EU zu sorgen.

Das Thema ist auf Ebene der EU äußerst relevant: Etwa 25.000 Lobbyist/innen arbeiten regelmäßig in Brüssel, zwei Drittel von ihnen arbeiten im Auftrag von Unternehmen. Damit die EU gute Politik im Sinne des Allgemeinwohls machen kann, braucht es klare Regeln und Grenzen für die politische Interessenvertretung. Das ist eine wichtige Aufgabe für den/die Kommissionspräsident/in, weil sie von politikfeldübergreifender Bedeutung ist. Der amtierende Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker führte beispielsweise die Verpflichtung für Kommissar/innen und ihre Kabinette sowie die Generaldirektoren ein, ihre Lobbytreffen zu veröffentlichen.

Bitte nehmen Sie bis Montag, 15.7., zu den drei Forderungen unseres Appells an die Spitzenkandidat/innen zur EU-Wahl Stellung:

- 1. Unterwerfen Sie Lobbyisten wirksamer öffentlicher Kontrolle: durch ein umfassendes, verbindliches Lobbyregister mit verlässlichen Daten für alle EU-Institutionen und eine legislative Fußspur, die den Einfluss von Lobbygruppen auf die europäische Gesetzgebung sichtbar macht.*



Initiative für Transparenz und Demokratie

Imke Dierßen

Tel.: 0221 / 995 715 0

Mail: kontakt@lobbycontrol.de

Web: www.lobbycontrol.de

Erläuterung: Ein freiwilliges Lobbyregister für EU-Kommission und Parlament gibt es bereits. Aber der Rat nimmt daran nicht teil. Außerdem sind auf Ebene der Kommission lediglich die Beamt/innen bis hinunter zur Ebene der Generaldirektor/innen verpflichtet, ausschließlich registrierte Lobbyist/innen zu treffen.

Ein legislativer Fußabdruck ist für uns neben der bereits bestehenden Veröffentlichung der Treffen ein Anhang an jedem Gesetzesentwurf, wenn er zur Beratung an Rat und Parlament geht, der benennt, woher die Initiative zum Gesetz kam, welchen schriftlichen Input es gab, welche Expertise herangezogen wurde und welche Interessenvertreter/innen beteiligt waren. Wortgetreu übernommene Passagen müssen als solche gekennzeichnet werden.

Fragen:

- Werden Sie eine Wiederaufnahme der ins Stocken geratenen Verhandlungen über ein gemeinsames Transparenzregister von Kommission, Parlament und Rat vorantreiben?
- Werden Sie sich für mehr Transparenz im Gesetzgebungsprozess durch die Entwicklung eines „legislative footprint“ einsetzen?

2. *Ermöglichen Sie auch jenen, die sich keine teure Lobbyvertretung leisten können, sich endlich angemessen Gehör zu verschaffen. Stellen Sie Ausgewogenheit bei Lobbytreffen und den einflussreichen Expertengruppen der Kommission sicher.*

Erläuterung: Etwa 70 Prozent aller Lobbytreffen der EU-Kommission finden mit Vertreter/innen von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden statt. Diese Unausgewogenheit erschwert eine Entscheidungsfindung im Sinne des Allgemeinwohls. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker wies die Kommissar/innen bei seinem Amtsantritt daher an, auf Ausgeglichenheit bei ihren Lobbytreffen zu achten. Leider wurde dies nicht konsequent umgesetzt.

Auch bei der externen Beratung der EU-Kommission zeigt sich eine Dominanz der Unternehmen mit ihrer oft detaillierten Expertise. Beispiel Expertengruppen: Immer wieder sehen wir Fälle, in denen Konzernvertreter/innen die Mehrheit in einer Expertengruppe haben, obwohl sie von der geplanten Regulierung direkt mitbetroffen sind. So bestand die Expertengruppe, die die EU-Kommission dabei unterstützen sollte, realistischere Abgastests für Fahrzeuge zu entwickeln, zu 70 Prozent aus Vertreter/innen der Automobilindustrie. Sie hat mit dazu beigetragen, die Einführung der neuen Tests auf Jahre zu verzögern.

Fragen:

- Werden Sie an Jean-Claude Junckers Initiative zur Ausgewogenheit bei der Einbindung von Interessengruppen in den politischen Entscheidungsfindungsprozess anknüpfen? Wie werden Sie dies tun?
- Werden Sie der Empfehlung der europäischen Bürgerbeauftragten folgen, Expertengruppen grundsätzlich ausgewogen zu besetzen?

3. *Verteidigen und stärken Sie die Rechte der Bürgerinnen und Bürger sowie die Spielräume zivilgesellschaftlichen Handelns in ganz Europa.*

Erläuterung: Für eine ausgewogene, gemeinwohlorientierte Politik in Europa müssen nicht nur dem politischen Einfluss insbesondere von großen Konzernen Grenzen gesetzt, sondern



Initiative für Transparenz und Demokratie

Imke Dierßen

Tel.: 0221 / 995 715 0

Mail: kontakt@lobbycontrol.de

Web: www.lobbycontrol.de

zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume verteidigt und gestärkt werden. Für mehr Demokratie in Europa braucht es eine starke Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen, die Probleme in Brüssel und den Mitgliedstaaten zur Sprache bringen, die gesellschaftliche Interessen bündeln und nach Europa tragen und zugleich europäische Politik in die Mitgliedstaaten. In vielen europäischen Ländern wird der Zivilgesellschaft derzeit die Arbeit erschwert. Auch für die EU-Ebene versuchte der Abgeordnete Markus Pieper mit einem parlamentarischen Antrag in der letzten Wahlperiode, handelskritischen Nichtregierungsorganisationen die Finanzierung zu streichen.

Frage:

Werden Sie die Handlungsspielräume für die europäische Zivilgesellschaft verteidigen und stärken und sich gegen Bestrebungen in Europa wenden, die zum Ziel haben, Vielfalt, Meinungsfreiheit und Beteiligungsrechte einzuschränken?

Ihre Stellungnahme werden wir noch vor der Wahl veröffentlichen.

Unseren Appell an die Spitzenkandidat/innen haben bisher 24.248 Menschen unterzeichnet. Die Unterschriften haben wir im Wahlkampf bereits an mehrere Spitzenkandidat/innen übergeben, unter anderem Ska Keller und Katarina Barley. Da Sie nun recht kurzfristig als Kommissionspräsidentin nominiert wurden, würden wir unseren Appell zusammen mit den Unterschriften auch Ihnen gerne überreichen. Neben der Bitte um Stellungnahme zu unseren Fragen vor der Wahl bitten wir Sie daher, uns einen Termin zu nennen, an dem Sie die Unterschriften entgegen nehmen können.

Mit freundlichen Grüßen

Imke Dierßen
politische Geschäftsführerin